

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den nächsten Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle nach den Angegebenen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. jährlich. Einzelnummern 5 Pf. Alle Postanweisungen an den Verleger zu richten. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 4 gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3 gespaltene Raumzeile im zeitlichen Teil 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Sonstige Anzeigen nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. — Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der durch Generalübermittelten Anzeigen übernehme ich keine Garantie. Jeder Reklamationsanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 24 — 85. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Donnerstag, 28. Januar 1926

Berewigung der Kontrolle.

Es war von vornherein die Absicht der Entente, die Entwaffnungskontrolle über Deutschland jedenfalls solange nicht abzubauen, als Deutschland nicht selbst in den Völkerbund eingetreten sei; dann würde es sich nicht weigern können, jene Bestimmungen über die Entwaffnungskontrolle anzunehmen, die sich lediglich gegen Deutschland richten.

Der neue Chef der Militärkontrollkommission und Nachfolger des Generals Rollet, der englische General Walsby, hat nun einen Bericht über den Fortgang der Kontrolle an die Vorkonferenz geschickt, der dieses Bestreben zum Ausdruck bringt. Deutschland ist immer noch nicht genug entwaffnet, genau ebensowenig wie Österreich genug entwaffnet ist; die 55 Offiziere und 150 Mannschaften der Kontrollkommission hätten sonst ja auch nichts mehr zu tun. Jetzt soll angeblich die Umstellung der Schupo, die Umänderung im Oberkommando der Reichswehr, die Umbewaffnung in Königsberg und schließlich das Verbot der Vaterländischen Verbände nicht durchgeführt sein. Daß alles dies nicht von heute auf morgen erledigt werden kann, weiß die Kontrollkommission natürlich auch. In der Entwaffnungsnote hatte man uns in den Streitfragen ein gewisses Entgegenkommen zugesagt, und die deutsche Regierung hat wirklich alles daran gesetzt, so schnell wie möglich zu erfüllen. Von den Forderungen der Entente, was zu erfüllen war. Von deutscher Seite wird nun halbamtlich betont, daß es sich überhaupt nur noch um formale Fragen und gar nicht mehr um wesentliche Differenzen handelt. Daß es sich aber auch nicht, wie der General Walsby behauptet, um Forderungen handelt, die über die getroffenen Vereinbarungen hinausgehen. Das bezieht sich besonders auf die Behauptung des Engländers, daß wir bei der Verstärkung der Polizeitruppen an der Ost- und Westgrenze über das Maß hinausgingen, und zwar an strategisch besonders wichtigen Punkten.

Es ist fast unmöglich, derartige Gedankengänge irgend- wie ernst zu nehmen. Selbst wenn an sogenannten strategisch wichtigen Punkten ein paar tausend Mann Schupo, ein Pistolen und leichte Maschinengewehre einer modern ausgerüsteten Streitmacht auch nur den geringsten Widerstand leisten könnten. Außerdem wurde bei den Bestimmungen, die 1921 die Entente in Vologna über die Stärke und Organisation der deutschen Schupo getroffen hatte, ausdrücklich zugegeben, daß die Zahl von 150.000 Mann sich nicht beziehe auf das besetzte Gebiet, so daß also bei Rückgabe eines Teiles des Rheinlandes ohne weiteres eine entsprechende Verstärkung der Schupo zu erfolgen hat. Darüber wird nun zurzeit noch verhandelt. Aber Pariser Blätter wollen wissen, daß die französische und die englische Regierung entschlossen sind, den deutschen Ansprüchen über Verstärkung und Verteilung der Schupo in keiner Weise entgegenzukommen.

Das erscheint nicht unwahrscheinlich angesichts des Zustandes des Kontrollberichts, wonach an den Abbau der Kommission vorläufig nicht gedacht werden könne, obwohl in der Entwaffnungsnote vom November gesagt worden war, daß er etwa gleichzeitig mit der Räumung des Rheins erfolgen solle. Man will eben einfach nicht. Man kommt mit immer neuen Forderungen; dafür bietet ja auch Österreich ein nur allzu deutliches Beispiel. Aber sieht man sich einmal die gewaltigen Forderungen, die hinsichtlich der Entwaffnung im letzten Jahr noch an Deutschland gerichtet waren, und hält dagegen, was ausgeführt und was von der Entente als ausgeführt selbst zugegeben wurde, so bleibt ein so kümmerlicher Rest des Unmöglichen, daß der Nichtabbau der Militärkommissionen eben nur der Absicht entspringt, solange die Kommissionen in Deutschland zu belassen, bis andere, aber gleichwertige an ihre Stelle treten.

Dittmanns Broschüre.

Sonderveröffentlichungen sollen unterbleiben. Der Untersuchungsausschuß des Reichstags über die Kriegsverbrechen hat sich weiterhin mit der Broschüre des Abg. Dittmann beschäftigt. Zur Annahme gelangte ein Zentrumsantrag, in dem der Ausschuss die bestimmte Erwartung ausdrückt, daß in Zukunft Sonderveröffentlichungen ohne Beschluß des Ausschusses unterbleiben. Die Vertreter der sozialdemokratischen und kommunistischen Mitglieder gaben daraufhin die Erklärung ab, daß sie sich trotz dieses Beschlusses alle Rechte, die ihnen nach dem Urheberrecht für Veröffentlichungen zustehen, vorbehalten. Ein deutschvölkischer Antrag, der die Art und Weise, wie der Abgeordnete Dittmann sein Referat in Form einer Broschüre in die Öffentlichkeit gebracht hat, mißbilligt, wurde abgelehnt.

Der 4. Untersuchungsausschuß für die Kriegsverbrechen beschloß, den Vizeadmiral v. Trotha zu den weiteren Verhandlungen über die Marineverbrechen zur Auskunftsleistung heranzuziehen. Dem Abg. Soos (Ztr.) wurde der Antrag erteilt, das bisher vorliegende und das noch eingehende Material auszuarbeiten, um zu klären, welche weiteren Vernehmungen etwa noch in Betracht kommen.

Reichskanzler Dr. Luther fordert ein Vertrauensvotum

Aussprache im Reichstag. (149. Sitzung.) OB. Berlin, 27. Januar.

Auf der Tagesordnung steht die Besprechung des Regierungsprogramms. Wie der Besuch der Tribünen zeigt, ist das Interesse der Öffentlichkeit an den Verhandlungen ebenso groß wie bei der Regierungskrede selbst. Zuerst wurde ein Antrag Henning (Völk.) abgelehnt, der verlangte, daß mit der Beratung der Besprechung eines vollständigen Antrages auf Einstellung der Zahlungen aus dem Dawes-Plan verbunden werden sollte.

Erklärung der Koalitionsparteien.

Abg. Fehrenbach (Ztr.), der eine Erklärung im Namen der Koalitionsparteien abgab, stimmte dem Regierungsprogramm zu und knüpfte daran den Wunsch, daß die Verhandlungen über die Herabsetzung der Besatzung in der zweiten und dritten Rheinlandszone recht bald zum Ziele führen mögen. Wirtschaftlich sei Deutschland angewiesen auf eine Steigerung seiner Ausfuhr, um fähig zu sein zur Leistung der ihm auferlegten Zahlungen. Weiter laute der Redner, die Stärkung der wirtschaftlichen Kräfte des Mittelstandes sei notwendig. In dieser Richtung sei die angelegentlichste Herabsetzung der Steuerlasten nur zu begrüßen. Der erste Schritt müsse hier bei der Umsatzsteuer getan werden. Die von der Regierung angeführten Reformen auf dem Gebiete der Sozialpolitik werden vom Zentrum gebilligt und unterstützt. Die Zusammenfassung der verschiedenen Schutzbestimmungen zu einem einheitlichen Arbeiterschutzgesetz sei notwendig, ebenso die baldige Verabschiedung eines Arbeitszeitgesetzes.

Der sozialdemokratische Redner.

Abg. Müller-Frankau (Soz.) meinte, wenn Dr. Luther für seine Minderheitsregierung die Unterstützung anderer Parteien suche, dann hätte er nicht ein so wenig präzises Programm vortragen dürfen. Seine Partei sei unerschuldigt an der langen Dauer der Krise, sie hätte sofort nach dem Austritt der Deutschnationalen aus dem ersten Kabinett Luther erklärt, daß sie eine große Koalition nicht mitmachen würde. Der Redner fragte in diesem Zusammenhang, warum man ein Kabinett in der Form des heutigen nicht schon im Dezember gebildet hätte. Der Streit um die Ministerposten, der Widerstand der Bayern, die Tatsache, daß in der Programmrede nicht einmal das Wort Republik vorgekommen sei, alles das rechtfertige das Mißtrauen der Sozialdemokraten. In der Außenpolitik sei Deutschland ganz selbstverständlich im Interesse seines Wiederaufbaues an die Locarnopolitik gebunden. Ein Rücktritt könne es hier nicht geben. Der Eintritt in den Völkerbund sei in der Programmrede zu akademisch behandelt worden; der Reichskanzler hätte sagen müssen, daß der Eintritt keinen Aufschub mehr vertrage. Seine Freunde hätten für die Besprechung des deutschnationalen Antrages gestimmt, weil sie darüber Klarheit schaffen wollten, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht an alle möglichen Bedingungen geknüpft werden dürfe. Alle Parteien seien allerdings einig, daß hinsichtlich der Rückwirkungen von Locarno die Deutschland von der Vorkonferenz gemachten Zusagen nicht erfüllt worden seien. Der Widerstand läge jedoch nicht von den Staatsmännern, sondern von dem Militär der Entente. Seine Freunde würden die

Außenpolitik der Regierung unterstützen.

solange sie dem Kurs von Locarno und London treu bleibe. Von der Innenpolitik erwarteten sie, daß der ganz unmögliche Referentenentwurf zum Reichsschulgesetz zurückgezogen würde. In der Frage der Fürstenaufhebung hätte das unerhörte Vorgehen der Fürsten und ihrer Anwälte den Boden für die entschuldigendste Entlassung durch Volksentscheid vorbereitet. Der Redner ging dann auf die wirtschaftliche Krise und die wachsende Arbeitslosigkeit ein, um durchgreifende sozialpolitische Hilfsmittel zu fordern. Die in der Programmrede angelegentlichste Wirtschaftspolitik würde die Sozialdemokratie unterstützen können. Der Redner schloß mit der Erklärung, die neue Regierung könne vor dem In- und Auslande nur bestehen, wenn sie Farbe bekenne. Deshalb, Herr Reichskanzler, heraus mit der Sprache! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Graf Westarp für die Deutschnationalen.

Abg. Graf Westarp meinte, die Außenpolitik der letzten Jahre ist gekennzeichnet durch das Wort: Von Illusionen zu Enttäuschungen, von Enttäuschungen zu neuen Illusionen. Diese Politik sei auch heute noch nicht abgeschlossen. Die Deutschnationalen wollten erst bestimmte Voraussetzungen erfüllt sehen, ehe

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund

vollzogen werde. In allen Parteien herrsche Enttäuschung und alle Parteien seien einig darin, daß die bisherige Verminderung der Besatzung absolut und in jeder Hinsicht unzureichend sei. Vor dem Eintritt müßte auch Klarheit geschaffen werden über die Auslegung des Locarnovertrages. Außerdem müßte eine dem deutschen Interesse entsprechende Regelung des Verfahrens bei Völkerbundverhandlungen festgesetzt werden, weiter die Zurücknahme der Kriegsschuldfrage und der kolonialen Forderungen und Garantien für den Schutz der deutschen Minderheiten im Ausland gegeben werden. Weiter sei notwendig eine vollständige Beteiligung der Militärkontrollkommission, eine Aufhebung der im Luftfahrwesen über Deutschland verhängten Beschränkung. Auf der Abrüstungs-konferenz sollte der deutsche Vertreter die ungerechte Ausnahmehandlung feutzichnen, die Deutschland durch den Versailler Vertrag zuteil werde. (Beifall rechts.) Mindestens müßte vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abgemauert werden, daß das Ergebnis der bevorstehenden Verhandlungenkonferenz Deutschland die nötige Gleichberechtigung verschaffe. Der

Außenpolitik Dr. Stresemann

brächte seine Partei das größte Mißtrauen entgegen. Sie halte es überhaupt für bedenklich, wenn ein Parteivorsteher gleichzeitig Außenminister sei. Auch diejenigen Deutschnationalen, die unter dem Druck der außenpolitischen Lage dem Dawes-Abkommen zugestimmt hätten, seien mit der Fraktion einig in der Beurteilung der Grundlage dieses Abkommens. Zwischen hätte sich die Überzeugung von der Unausführbarkeit dieses Abkommens wohl allgemein durchgesetzt. Der Außenpolitik der ausländischen Gewalthaber sei leider unter dem Einfluß der Sozialdemokratie eine deutsche Erfüllungspolitik entgegengekommen. Aus Gründen der Außenpolitik hätten seine Freunde einen

Vertrauensantrag

eingebracht. Es handle sich nicht um ein neutrales Kabinett, sondern um eine reine Varietégouvernement. Dieser gehöre als Außenminister auch der Abg. Marx an, der immer für ein Bündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie eingetreten sei. (Bravo! bei Zentrum und Sozialdemokraten.) In noch größerem Maße gelte das von den Demokraten, die trotz ihrer Schwäche und trotz der geringen Anzahl ihrer Wähler einen bedeutenden Ministerposten innehätten. Der Fraktionsvorsitzende Koch habe zwar nach langem Sträuben seiner Fraktionsmitglieder sich dem bayerischen Einfluß gefügt und auf den Posten des Innenministers verzichtet, aber als Koch-Erfas (Heierleit) sei Herr Kühl gekommen, der genau so deute wie Herr Koch. Von einem solchen, sozialdemokratischen Einflüssen zugänglichen Kabinett müßten seine Freunde eine Politisierung der Reichswehr, des Unterrichtswezens und der Postist befürchten. Der deutschnationalen Vertrauensantrag richtete sich gegen die seit Locarno eingeschlagenen Linien der Außenpolitik, im Innern aber in erster Linie gegen den unheilvollen Einfluß, den die Sozialdemokraten auf dieses Kabinett haben würden. (Beifall rechts.)

Reichskanzler Dr. Luther

fährt aus, auf die vielen Fragen nach Einzelheiten müßte er erklären, es handle sich jetzt nur um die politische Frage, ob der Reichstag dieser Regierung die Möglichkeit zu praktischer Arbeit geben solle. Die Regierung hätte sich zusammengesunden, nachdem und weil die Bildung einer Mehrheitsregierung nicht möglich gewesen sei.

Jegendwie — der Kanzler sprach die folgenden Sätze in wachsender Erregung — müsse Deutschland schließlich regiert werden. (Heiterkeit rechts.) Es sei sehr billig, darüber zu lachen, es sei überhaupt sehr billig, jetzt mit leichtem Humor die Dinge zu behandeln. Er könne sagen, den Männern, die jetzt in der Regierung säßen, sei gar nicht nach Humor und nach kleinen Witzgen zumute. (Beifall in der Mitte.)

Die Parteien wüßten ganz genau, daß man sich in einer Lage des Vaterlandes befinde, (Zuruf bei den Kommunisten: „Durch Ihre Mißwirtschaft!“), in der der größte Ernst eingesetzt werden müsse, um überhaupt durchzukommen. Mit solchen Worten wie Mißwirtschaft werde man der Lage nicht Herr. Die soll denn eine Regierung der Mitte anders aussehen als so, wie Graf Westarp sie kritisiert habe? Wie soll eine neutrale Regierung aussehen, wenn sie nicht die verschiedenen Parteien der Mitte umfasse? Der Vorsitzende der Sozialdemokratie hätte ihm zugerufen, er müsse sich entscheiden und klare Stellung nehmen. Ja, warum, so frage er, habe denn die Sozialdemokratie sich nicht entschieden, in die Regierung hineinzukommen? (Lebhafte Zustimmung in der Mitte.) Dann würde man jetzt hier mit einer wirklichen Mehrheitsregierung stehen und eine ganz andere Grundlage zur Arbeit haben. (Beifall in der Mitte.) Nachdem diese beiden Voraussetzungen dafür von rechts und links gefallen seien, sollte man eigentlich im ganzen deutschen Volke den Parteien der Mitte dankbar sein, daß sie sich als Koalitionspartner zusammengeschlossen hätten, um die Regierung zu tragen und überhaupt die Existenz einer Regierung zu ermöglichen. (Lebhafte Beifall in der Mitte.)

Man habe es gestern erlebt, bei einer Abstimmung über eine tatsächliche Angelegenheit von nicht entscheidender Bedeutung, daß sofort die ganze Opposition bei einer von ihm, dem Redner, nicht erwünschten Sache, sich gegen die Mitte erhoben habe. Das hätte immerhin durch die ganze Welt bis zu einem gewissen Grade Aufsehen erregt. Er hätte mit voller Deutlichkeit ausgesprochen, vor dem Reichstage sehe eine Minderheitsregierung, und er wisse, daß man mit einer Minderheitsregierung regieren könne. Aber gerade nach dem gestrigen Vorgange sei es unmöglich, daß diese Regierung in dieser schweren Zeit ihre Arbeit etwa endgültig übernehme auf der Hinterterre abgelehnter Mißtrauensvoten.

Auf dieser Grundlage könne und wolle das Kabinett nicht arbeiten.

(Große Bewegung im ganzen Hause, lebhafter Beifall in der Mitte.) Er müsse wissen, ob er im Reichstage die ordnungsmäßige Stütze hinter sich habe. Er müßte deshalb in voller Übereinstimmung mit sämtlichen Kabinettsmitgliedern erklären, daß sie auf eine

positive Vertrauensfundgebung nicht verzichten

könnten. (Erneuter lebhafter Beifall der Mitte.) In der jetzigen Zeit dürfe keine Regierung bestehen, die nur geduldet sei, sondern nur eine, die vom Reichstage getragen werde. Er könne unmöglich zu den Fragen des Grafen Westarp über die Einzelheiten der außenpolitischen Verhandlungen im einzelnen antworten. Dafür müßten bis zum Abschluß Reichskanzler und Außenminister die Verantwortung selbst tragen. Selbstverständlich müsse man den Eintritt in den Völkerbund als klare Voraussetzung der Linie der deutschen Außenpolitik seit Locarno vollziehen. Er hätte den lebhaften Wunsch, die deutsche Stimme so bald wie möglich in den Völkerbund gelangen zu lassen. Wo könnten aber die deutschen